

Tierheim für Eichstätt

Bei einem Gespräch mit Eva Bulling-Schröter beklagten die Eichstätter Tierschützer, dass im Landkreis ein Tierheim fehlt. Dem will die Abgeordnete abhelfen. In einem Brief an Landrat Anton Knapp schreibt die langjährige Tierschutzbeauftragte der LINKSFRAKTION: „Ich denke dabei an ein unbürokratisches Vorgehen, bei dem der Landkreis, gemeinsam mit Städten und Gemeinden, auf vorhandene Gebäude und Grundstücke zurückgreift und in Kooperation mit dem Tierschutzverein geeignete Immobilien ausfindig macht. Für Überlassung und Unterhalt sind sicherlich einvernehmliche und praktikable Lösungen zu finden.“

Gibt es Dumpinglöhne?

Bei der Tarifeinwanderung im Reinigungsgewerbe wurde der Stadtratsgruppe DIE LINKE berichtet, dass in Ingolstädter Schulen Reinigungskräfte unter dem für dieses Gewerbe bisher geltenden gesetzlichen Mindestlohn beschäftigt werden. Die linken Stadträte fragen jetzt die Stadtverwaltung: „... ob die Auftragsvergabe für Reinigungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden an die Einhaltung dieser gesetzlichen Mindestentlohnung geknüpft ist?“ Wenn nein: Warum nicht? Wenn ja: Wie werden die Firmen und ihre Subunternehmer kontrolliert?

Dank an KAB Augsburg

Die Ingolstädter Bundestagsabgeordnete bedankte sich bei der Katholischen Arbeitnehmerbewegung der Diözese Augsburg für die Glückwünsche zur Wiederwahl. Sie schreibt u.a.: Es „bündelt sich im Ergebnis alles in der Verteidigung der Würde des Menschen, in der Beseitigung jener Verhältnisse, >in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist<“.

Für sie könnten die Worte von Johannes XXIII, wonach Wohlstand weniger nach der Fülle der Güter, sondern „vielmehr nach ihrer gerechten Verteilung“ beurteilt werden muss, ein Leitmotiv für die Gegenwart sein. Und weiter: „In unserem reichen Land wächst die Armut. Der steigende private Reichtum einiger Weniger und die leeren Kassen von Kommunen und sozialen Sicherungssystemen sind zwei Seiten einer Medaille. Nichts spricht dafür, dass diese Entwicklung durch die neue Bundesregierung korrigiert wird. Im Gegenteil.“

Eva Bulling-Schröter zur Regierungserklärung: Geld für Dreckschleudern

Als Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE setzte sich Eva Bulling-Schröter im Bundestag scharf mit der Klimapolitik der schwarz-gelben Bundesregierung auseinander.

Zur Klimakonferenz in Kopenhagen, die das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls beschließen soll, sagt die Abgeordnete. „Wir haben Angst, dass dieser Gipfel scheitert, und nicht nur wir, sondern viele Menschen auf dieser Welt;



denn auch die letzte UN – Vorbereitungskonferenz letzte Woche in Barcelona ging aus wie das Hornberger Schießen. Dem Chef des UN-Klimasekretariats, Yvo de Boer, wird die Aussage zugeschrieben, er wundere sich bei solchen Ergebnissen, dass die Zivilgesellschaft nicht die Scheiben des Verhandlungsortes einwirft.“ Die schwarz-gelbe Regierung möchte für RWE und Co die Hintertüren im Klimaschutz noch weiter öffnen. So soll z.B. die Anrechnung von vermeintlichen Klimaschutzinvestitionen im Ausland ausgeweitet werden. Wer seine veralteten Filteranlagen aus Deutschland in Dreckschleudern

irgendwo in der Welt einbaut, wird belohnt. Dies, „obwohl wir heute schon wissen, dass hier in großem Maßstab betrogen wird, um an preiswerte Zertifikate zu kommen.“

„Was den Emissionshandel betrifft, wendet sich Eva Bulling-Schröter an die Kanzlerin, „haben Sie bereits in der Vergangenheit in Brüssel ganze Arbeit geleistet: Nicht nur, dass wir bis 2012 damit leben müssen, dass die wertvollen Zertifikate vom Staat verschenkt werden, was den Versorgern Extraprofiten in Milliardenhöhe einbringt und dem Klimaschutz schadet, nein, auch nach 2012 erhält ausgerechnet die energieintensive Industrie kostenlose Emissionsrechte. Zusammenfassend möchte ich der neuen Koalition ins Stammbuch schreiben: Die Klima- und Energiepolitik, die Sie anstreben, ist nicht nur widersprüchlich; sie nutzt vor allem den großen Konzernen. Das ist angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, nichts anderes als Klientel-Politik auf Kosten der Umwelt und der Menschen.“

Fragen zu „Google Street View“ an die Regierung Kamera im Schlafzimmer

Die linke Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter aus Ingolstadt sieht die Persönlichkeitsrechte bzw. das Recht auf informelle Selbstbestimmung durch „Google Street View“ in Gefahr.

In einer Anfrage an die Bundesregierung will sie wissen, wie diese die Kamera-Aufnahmen des Unternehmens Google im Rahmen seines Projekts „Google Street View“ bewertet. Bei diesem Projekt werden deutschlandweit aus fahrenden Fahrzeugen, digitale Bilder von Gebäuden und Grundstücken aus drei Meter Höhe aufgenommen und abgespeichert. Die Abgeordnete verweist darauf, dass Personen ohne deren Einwilligung aufgenommen werden und „trotz Verpixelung der Gesichter etwa auf Grund von Haltung, Haaransatz, Kopfform sowie Orts-Zusammenhang potentiell identifizierbar sind“.

Die in einer Aufnahmehöhe von 3 Metern gewonnenen Einblicke in Grundstücke und Gebäude, könnten kaum mehr als „öffentlicher Raum“ bezeichnet werden. „Hier wird quasi der Blick in Schlafzimmer frei Haus geliefert und dem Voyeurismus Tür und Tor geöffnet“, so die Linkspolitikerin.

INFORMIEREN +++ DISKUTIEREN +++ MITMACHEN +++ INFORMIEREN +++ DISKUTIEREN +++

DIE LINKE + Bahnhofstraße 5 + 85051 Ingolstadt

Telefon 0841 – 93 10 139

Mailadresse: info@dielinke-ingolstadt.de

Internet: www.dielinke-ingolstadt.de

Herausgeber: DIE LINKE Ingolstadt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt – Verantwortlich: K.B. Engelhardt